

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



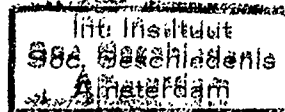
Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61 Belle-Alliance-Platz 8
Drachenschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abhängig beiderseits 4 Bogen vor dem Druckverfahren, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 27. Februar 1932

Der russische Schatten.



SPD. Alle japanischen Polemiken können nicht an der Tatsache rütteln, dass sich die Sowjetregierung bis jetzt im mandschurischen Konflikt einer für ihre Begriffe musterhaften Neutralität befleißigt. Ihre im Interesse einer baldigen Beilegung des Konflikts höchst erfreuliche Zurückhaltung ist zwar nicht das Ergebnis ihrer Friedensliebe um jeden Preis. Wenn Moskau heute alles tut, um kriegerische Verwicklungen zu vermeiden, dann geschieht das aus der wohlwogenen Berechnung, dass der Waffengang mit einer Macht den Angriff der ganzen Meute ihrer Gegner im ungünstigsten Augenblick nach sich ziehen würde.

Angesichts der angeborenen Neigung der Sowjetdiplomatie zum Doppelspiel und bei dem Nebeneinanderwirken einer oberirdischen und einer unterirdischen Aussenpolitik können zwar ungeachtet dessen Fälle eintreten, in denen die eine Hand nicht wissen will oder auch tatsächlich nicht weiss, was die andere tut. Daher liegt es durchaus im Bereich der Möglichkeiten, dass die irregulären und auch die regulären chinesischen Truppen in der Mandchurei mit russischem Kriegsmaterial versehen sind und die kriegsbegeisterte studierende Jugend Chinas sich deshalb so stark fühlt, weil ihr hinter den Kulissen die russischen Sympathien deutlicher als nötig ausgesprochen werden. Die Ansprüche, die in der Politik der Gegenwart an Neutralität gestellt werden, sind jedoch so gering, dass Russland den Verdacht der Inkorrektheit in diesem Spezialfall von sich weisen kann.

Russland kann dazu Japan gegenüber den unschätzbaren taktischen Vorteil für sich buchen, seinem Gegner die Initiative zugeschoben zu haben. Das Reich des Mikado ist genötigt worden, einen langwierigen und kostspieligen Kampf gegen den belangloseren chinesischen Gegner anzufangen, der ihm wichtige moralische Sympathien nicht nur in China sondern auch in der öffentlichen Weltmeinung kostet, ohne sein eigentliches Ziel, die direkte Schwächung Russlands im Fernen Osten zu erreichen. Der von ihm geführte Stoss muss ins Leere gehen und Russland sieht ruhig zu, wie sich sein gefährlichster Rivale in der asiatischen Politik abzappelt. Moskau kann seine Energie aufsparen, um sie nötigenfalls anzuwenden, wenn die Kräfte auf der Gegenseite verpufft sind. Auch in dem mandschurischen Fall wird die Lieblingsidee der Militärs von Präventivkrieg, auf deren Leim sich die Diplomatie trotz der vielen bitteren Erfahrungen der letzten Jahre immer wieder locken lässt, zum soundsovielten Male Schiffbruch erleiden. Der Besitz der Ostsibirischen Bahn und die Kontrolle des Weges nach Charbin und Wladiwostok werden ebensowenig darüber entscheiden, ob Japan oder Russland zum Herren Chinas und damit zu demjenigen des Fernen Ostens wird, wie der Besitz von Antwerpen und Calais Deutschland die dauernde Ueberlegenheit über England und Frankreich gesichert hätte. Die Wahrscheinlichkeit einer japanisch-russischen Auseinandersetzung über das Reich der Mitte rückt bei dieser Mentalität, die auch auf der Seite der Sowjets besteht immer mehr in den Bereich der Möglichkeiten, mit denen die internationale Politik in der nächsten Zeit zu rechnen haben wird.

Bei den Kräften, die hüben wie drüben durch die Uebersteigerung der industriellen Wirtschaft im Innern zur Expansion nach aussen drängen, haben beide Teile mit Recht die Besorgnis vor einer Gefahr des gewaltsamen Zusammenpralls, wenn nicht rechtzeitig nach anderen Sicherungen als den jetzt gebräuchlichen gesucht wird. Im Grunde handelt es sich um eine Wiederholung des gleichen Spiels, das zu dem russisch-japanischen Kriege von 1904 geführt hat. Nur die Gefahr ist grösser, weil die Ausmasse um Vieles grösser geworden sind. Ein neuer russisch-japanischer Krieg wird nicht mehr lokalisiert werden können. Er wird zum mindesten Asien in zwei feindliche Lager spalten.

Das heutige Japan wie das heutige Russland befinden sich erst in den Anfangsstadien einer neuen sozialen Entwicklung. Beide sind darum bemüht, Industriestaaten von grosser Leistungsfähigkeit zu werden und beide sind deshalb genötigt, sich rechtzeitig ausserhalb ihrer Grenzen nach Hilfsmitteln umzusehen. Das Ziel ihres Strebens kann nur China sein, das als Absatzmarkt wie als Rohstofflieferant in beider Bereich liegt. China braucht dagegen in seinem augenblicklichen Zustand auf lange Jahre hinaus Anleitung und Führung und gewährt die verlockende Aussicht das gefügige Werkzeug in der Hand eines Starken zu werden.

Japan hat hierbei zeitlich einen erheblichen Vorsprung. Die Mandschurei ist bereits seit langem seine Filiale auf dem asiatischen Kontinent, während Russland dabei ist dieses Manko auszugleichen. Es ist deshalb kein reiner Zufall, dass sich das Schwergewicht des russischen Industrieaufbaus immer stärker nach Sibirien verschiebt. Trotz Dumping und politischer Minierarbeit wird der Westen trotz seines gegenwärtigen Schwächezustandes immun bleiben. Auch die Hoffnung auf einen baldigen Zusammenbruch der Kolonialmächte erweist sich als trügerisch. Selbst von einem für England ungünstigen Ausgang des indischen Konflikts hat Russland nicht das geringste zu erhoffen. Als Ort des geringsten Widerstandes bleibt einzig und allein das aus den Fugen geratene China übrig, dessen in den Bereich europäisch-amerikanischer Zivilisation geratene Jugend die Konsolidierung ihres Vaterlandes durch eine Macht erhofft, die keine Präzedenzen auf politische Herrschaft erhebt.

Ein solches Verlangen kann Russland viel eher erfüllen als Japan, dessen Politik China gegenüber mit dem Odium des politischen und wirtschaftlichen Imperialismus belastet ist. Dieser Antipathie gegenüber bleibt der Hinweis auf die Rassengemeinschaft und das Ideal einer panasiatischen Solidarität völlig wirkungslos. Japan bleibt als einziges Mittel zur Realisierung seiner Absichten in China nur die militärische Gewalt übrig, aber seine Tragik liegt darin, dass sich die beschränkten Kräfte des Inselreichs für das gigantische Objekt als unzureichend erweisen.

Das Verhalten der in der Politik des Fernen Ostens bisher massgebenden Grossmächte ist leider nicht dazu angetan, die Entwirrung des mandschurischen Knotens auf friedlichem Wege zu fördern. Abgesehen davon, dass sie nicht mehr stark genug sind, ein Machtwort zu sprechen, entspringt ihre Zauderpolitik nur zum geringen Teil der Hoffnung, Japan während eines Boykotts wieder einen Teil des chinesischen Marktes abzugeben. Bei einer so kleinlichen Einstellung muss das Chaos des Fernen Ostens nur noch vergrössert werden. Der Gang elementarer geistiger, politischer und sozialer Entwicklungen lässt sich aus der Händlerperspektive nicht einmal begreifen geschweige denn lenken. Der Ferne Osten braucht genau wie der übrige Orient die uneigennützig und weitsichtige Führung zur Reorganisation seiner natürlichen Wirtschaftsbedingungen und nicht die Revolutionierung durch eine industrialisierte Gesellschaft weder durch die im Geiste des konservativ-militaristischen Japan noch im Sinne der bolschewistischen staatssozialistischen Pseudodemokratie.

Noch ist es Zeit den Lauf der Dinge von Europa her durch das ehrliche Bemühen um eine Reform Chinas zu ändern, ehe aus dem japanischen Kampf gegen den russischen Schatten ein blutiges Ringen um die chinesische Beute wird.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident hat am Sonnabend das Berliner Nazi-Blatt auf 6 Tage verboten und an die Gauleitung der NSDAP in Berlin folgendes Schreiben gerichtet :

"In letzter Zeit sind durch die nationalsozialistische Presse und durch Versammlungsredner der NSDAP Teile der Bevölkerung mehrfach öffentlich des Landesverrats bezichtigt und dadurch aufs schwerste beleidigt worden. Soeben habe ich mich veranlasst gesehen, Ihre Parteizeitung für Berlin "Der Angriff" wegen einer Versammlungsankündigung mit dem Thema: "Der Kandidat Crispiens" auf 6 Tage zu verbieten, weil mit dieser Bezeichnung der Herr Reichspräsident von Hindenburg getroffen werden sollte. Es ist hier die immer wieder in sinnentstellter Form wiedergegebene angebliche Äusserung des Abgeordneten Crispien: "Ich kenne kein Vaterland, das Deutschland heisst" nunmehr auch zur Kennzeichnung des Herrn Reichspräsidenten verwandt worden.

Die direkte oder indirekte Bezeichnung als Landesverräter gegenüber Staatsbürgern und ganzen Teilen des deutschen Volkes ist eine rohe Äusserung der Miachtung und verfolgt den Zweck, zu kränken und Deutsche als der Achtung des deutschen Volkes unwürdig hinzustellen. Ich bin nicht gewillt, diese Form des politischen Kampfes, von der nunmehr auch der von allen Kreisen des deutschen Volkes als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl proklamierte Herr Reichspräsident von Hindenburg betroffen worden ist, in meinem Amtsbereich weiterhin zu dulden und werde dieser Methode entgegentreten. Sie ist geeignet, die ohnehin schon erheblich bedrohte öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung auf das schwerste zu stören. In Zukunft werde ich daher sowohl Presseerzeugnisse verbieten wie auch öffentliche Versammlungen auflösen, in denen deutsche Staatsbürger gemeinhin öffentlich durch Bezeichnung als Landesverräter mittelbar oder unmittelbar grob beschimpft und böswillig verächtlich gemacht werden. Es gibt genug Methoden, mit denen für ein politisches Ziel geworben werden kann, ohne dass man den politischen Gegner oder die Repräsentanten des Deutschen Reiches und seiner Länder beschimpft!"

SPD. Hamburg, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Im "Echo der Woche", der Wochenausgabe des sozialdemokratischen "Hamburger Echo", sollte am Sonnabend der Tatsachenbericht über Hitlers wirkliches "Frontenerlebnis" unter dem Titel "Kamerad Hitler" veröffentlicht werden. Der Autor dieses Berichtes ist ein langjähriger Regimentskamerad Hitlers vom 16. Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiment, ein tapferer Soldat, der sehr früh das E.K.II., als Erster des Bataillons das E.K.I. und später auch neben anderen Auszeichnungen die mit einem Ehrensold verbundene Bayerische Tapferkeitsmedaille erhielt. Dieser Mann erzählt mit schlichten Worten über die Rolle, die Hitler während des Weltkrieges gespielt hat. Die blosser Ankündigung dieses Berichtes an den Anschlagssäulen Hamburg hat Hitler so aufgeregt, dass er sofort durch seinen Rechtsanwalt beim Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen das "Echo der Woche, Illustriertes Blatt der Wasserkante" erwirkte, die sich in der Begründung u.a. auf den Kommentar zum Wettbewerbsgesetz des jüdischen Juristen Rosenthal stützt.

Da die Redaktion des "Echo der Woche" in Verbindung mit der Druckerfirma Auer & Co. alle juristisch möglichen Schritte gegen diese Verfügung sofort unternommen hat, wird eine gerichtliche Klarstellung des "Heldentums" Adolf Hitlers erfolgen. Sie wird an dem nüchternen Tatsachenbericht seines Regimentskameraden nicht vorbeikommen.

Hitlers Regimentskamerad weist im "Echo der Woche" nach, dass Hitler nicht mehr als 10 Tage in der vordersten Linie war, dass Hitler sich dann sofort als Meldegänger für das Regiment bewarb, während die Kompanie ihren ältesten Kriegsfreiwilligen, den 40jährigen Familienvater Michel Schlehücker vorschlug, der aber erklärte: "Nein, Kameraden, ich bleibe bei Euch vorn im Graben, was

soll ich hinten beim Stab?" Dahin aber ging Adolf Hitler und sass seitdem im bombensicheren Gewölbe unter der Kirche von Messines im Regimentsunterstand.

Hitlers Regimentskamerad weist weiter nach, dass Hitler bei den schweren Kämpfen bei Neuve-Chapelle als Meldegänger dieser Aktion nur von weitem folgte, dass er nicht in die Kampfhandlungen der vordersten Linie einzugreifen brauchte, dass er von diesen Realitäten des Frontkampfes erst aus den Berichten erfuhr.

Im "Echo der Woche" wird weiter festgestellt, dass Hitler später mit dem Regimentsstab vom Schloss von Fromelles noch weiter nach Fournes zurückging, sodass man sein Gesicht im Schützengraben schon fast vergessen hatte. Fournes das für Hitler die Front war, bedeutete für den Graben-Soldaten Lazarett! Erholung! Die Soldaten von Hitlers Kompagnie lagen am La Bassé-Kanal dem Feind weit näher als dem eigenen Regimentsstab.

Der Regimentskamerad Hitlers erklärt ferner, dass Hitler vier Jahre lang Gelegenheit hatte, sich in der ersten Linie auszuzeichnen, aber sich in der letzten aufgehalten hat. Seine Vorsicht war grösser als sein Ehrgeiz. Darum ging er auch nur als Gefreiter aus dem Weltkrieg hervor. Wenig hat er im Gegensatz zu seiner eigenen Ruhmredigkeit mit ernstesten Kriegserlebnissen seines Regiments zu tun.

Es gibt in München eine Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Regiments List des 16. Bayerischen Reserve-Infanterie-Regiments. Dieser Vereinigung gehören alle Frontkameraden an, die lebend aus der letzten grossen Offensive zurückgekehrt sind. Einer der wenigen, der dieser Vereinigung bis auf den heutigen Tag fernblieb, ist Adolf Hitler.

Meidet dieser Mann, der nicht viel von der Kameradschaft des Schützengrabens zu reden weiss, die Kameradschaft derer, die in der Lage sind, ihm auf die Finger zu sehen? Hat er Angst vor der Wahrheit? Aber sie wird auch durch seine einstweilige Verfügung nicht zum Verstummen gebracht werden können. Bereits am 2. März ist in Hamburg der Termin angesetzt, der eine gerichtliche Entscheidung über die Zulässigkeit der einstweiligen Verfügung herbeiführen wird.

Die Phrasen Hitlers haben kurze Beine.

SPD. In dem Berliner Prozess gegen die Generaldirektoren der Schultheiss Patzenhofer A.G. haben jetzt sämtliche Sachverständigen ihre Gutachten abgegeben. Sie sind, alles in allem, vernichtend für die Angeklagten, besonders für den Hauptangeklagten Katzenellenbogen, ausgefallen.

Gravierend war vor allem das Gutachten des Professors an der Technischen Hochschule zu Berlin, Professor Brion. Er übte schärfste Kritik an den Manövern Katzenellenbogens und bezeichnete die von der Staatsanwaltschaft inkriminierten Geschäfte als in hohem Masse bedenklich und ungewöhnlich. Auch über das Verhalten der Revisionskommission fällte der Sachverständige ein vernichtendes Urteil. Die Kommission hätte es nicht einmal gesagt, nachzuprüfen, ob ihren "Beauftragungen" überhaupt Rechnung getragen worden sei. Der letzte Sachverständige, Professor Leitner, der den erstaunlichen Mut besass, jeden Vorstand, der in seinem Geschäftsbericht von Stützungskäufen und Konsortialgründungen berichtete, als "ziemlich irrsinnig" zu bezeichnen, musste sich in seinen Schlussfolgerungen ebenfalls entscheidend gegen die Angeklagten wenden. Die Nutria bezeichnete Professor Leitner nicht als Bank, sondern als Effektenabteilung, so sehr sich auch Rechtsanwalt Alsberg bemühte, aus dem Sachverständigen Entlastungsmaterial herauszuholen.

Das Gericht beschloss nach Beendigung der Gutachten, die als Zeuge vernommenen Bankdirektoren, darunter auch Herrn v. Stauss, unvereidigt zu lassen-

SPD. Hannover, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Die hannoversche KPD ist im unaufhaltbaren Niedergang begriffen, den auch alle Moskauer Subventionen nicht aufhalten können. Ihr hiesiges Parteihaus am Klagespark ist vor einiger Zeit verkauft worden, und dort, wo sich einst die kommunistische Buchhandlung befand, ist jetzt ein Gemüseladen aufgemacht worden. Auch in die Versammlungen der KPD kommt niemand mehr. So waren am Dienstag zu einer öffentlichen Jugendwerbeversammlung in einem Arbeiterviertel 4 (vier) Teilnehmer erschienen. Am Mittwoch und Donnerstag mussten zwei öffentliche Massenversammlungen in Arbeitervierteln wegen Mangel an Masse ausfallen. Die hannoverschen Arbeiter wollen eben nichts von den Moskau-Jüngern wissen.

SPD. Brüssel, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In Lüttich veranstalteten faschistische Studenten vor einem Lokal, in dem der frühere französische Ministerpräsident Cailleaux sprechen sollte, wüste Szenen. Da die Absicht der Studenten vorher bekannt wurde, hatte Cailleaux in letzter Stunde telegrafisch abgesagt. Das hinderte aber die jungen Faschisten nicht, die Organisatoren der Versammlung zu beschimpfen und zu belästigen. Ein Trupp begab sich singend und johlend vor das Haus des liberalen Abgeordneten Jennessen und brach trotz der Bemühungen der Polizei das Haus tor auf. Schliesslich gelang es der Polizei, die brutalen Radaumacher zu zerstreuen. Inzwischen hatte sich ein Teil der Studenten vor dem Evangelischen Tempel, wo der deutsche Pastor Hans Hartmann aus Berlin einen Vortrag hielt, gesammelt. Als Pastor Hartmann den Tempel verliess, warfen sich die Studenten auf ihn, bearbeiteten ihn mit Schlägen und Stössen. Hartmann wurde derart zugerichtet, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Er hat Verletzungen an den Augen und Quetschungen an den Beinen erhalten.

SPD. Worms, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Die Landeskriminalpolizei gibt bekannt, dass der Uhrmacher Alfred Hack in Osthofen bei Worms, der seit 1930 einen Handel mit Waffen betreibt, in kurzer Zeit mehr als 100 Pistolen bezogen und gesetzwidrig an Nazis abgesetzt hat.

Schon seit einiger Zeit liessen gewisse Vorfälle auf ungesetzlichen Waffenhandel grösseren Umfanges schliessen. Aber erst ein Einzelfall lenkte die Aufmerksamkeit auf Hack. Eine Durchsuchung seiner Wohnung und Geschäftsräume, eine Prüfung seiner Bücher und Rückfragen bei den Lieferungsfirmen führten zu dem vorläufigen Ergebnis, dass 50 Abnehmer, darunter 5 Grossabnehmer, festgestellt und überführt werden konnten. Es wurden bei ihnen etwa 50 Pistolen und mehr als 1000 Schuss Munition gefunden und beschlagnahmt. Zur Durchführung der Ermittlungen wurden, da die Abnehmer teilweise bei Durchsuchungen und Ausgrabungen Widerstand leisteten, zahlreiche Personen festgenommen. Die Grossabnehmer sind in Worms, Westhofen und Gau Obernheim ausfindig gemacht worden. Die Einzelabnehmer, sämtlich Mitglieder der Hitler-Partei, darunter einige SA-Führer und SA-Leute, wohnen in 12 verschiedenen Orten Rheinhessens, ferher in Ludwigshafen, Heckenheim a.d. Bergstrasse und Frankfurt a.M.

SPD. Die Reichsregierung lässt erklären, dass eine Erhöhung des Brotpreises nicht eintreten wird.

Die Reichsgetreidegesellschaft wird durch Bereitstellung von billigen russischen Roggen den Mehlpreis soweit senken, dass der Brotpreis nicht verteuert wird.

SPD. Paris, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer kritisierte der sozialistische Abgeordnete Chouffet am Sonabend bei der Beratung des Marinebudgets die Militärausgaben Frankreichs.

Chouffet erklärte zu Beginn seiner Rede, dass er mit den vom Berichterstatter angegebenen Ziffern nicht einverstanden sei. Nach dem Berichterstatter seien für das Heer, die Marine und das Militärflugwesen im ganzen 9½ Milliarden Francs für das nur 9 Monate umfassende Finanzjahr 1932 vorgesehen. Wenn man aber die in anderen Budgets versteckter Militärausgaben berücksichtige, komme man zu einer Ziffer von 12½ Milliarden, was für ein ganzes Jahresbudget eine Ausgabe von etwa 16½ Milliarden Francs bedeute. Daraus ergebe sich, dass sich die Militärausgaben Frankreichs gegenüber dem Vorjahre um 1 3/4 Milliarden erhöht haben. Der Berichterstatter des Heeresbudgets erklärte darauf, er müsse gegen die Ziffern Chouffet's Vorbehalte machen. Chouffet: "Der Minister der Landesverteidigung bestreitet sie aber nicht." Minister Piétri: "Ich bitte um Verzeihung. Die Regierung hat dem Völkerbund Ziffern übermittelt die von den Ihrigen abweichen und die die richtigen sind."

Der sozialistische Redner führte dann weiter aus, dass die Militärausgaben Frankreichs gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend höher geworden seien. Angesichts dieser dem Lande auferlegten Opfer müsse man sich fragen, ob Frankreich jetzt gegen jede Gefahr geschützt sei. Die französischen Truppenbestände beliefen sich zurzeit auf 730 000 Mann gegenüber 600 000 vor dem Kriege. Der Minister der Landesverteidigung erklärte in einem Zwischenruf, dass diese Zahl nicht zutreffend sei. Frankreich besitze zurzeit ein Heer von 543 000 Mann, worauf Chouffet einwarf, dass die Zunahme der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere ein Zunehmen der Mannschaftsbestände beweise.

Der Redner widerlegte dann die Angaben, die der Berichterstatter über die deutschen Militärausgaben in zwei Artikeln des "Matin" veröffentlicht hat. Er hatte dort behauptet, dass Deutschland heute achtmal mehr für eine Armee ausbe, die offiziell achtmal kleiner sei als sein Vorkriegsheer. Chouffet erklärte, die Heeresausgaben Deutschlands hätten sich im Jahre 1913 auf 2 233 000 000 Goldfrancs belaufen, während das französische Heeresbudget 1 472 000 000 Francs betragen habe. Nach den amtlichen Dokumenten und den Angaben des Marschall Foch im Jahre 1927 sei Deutschland wirklich entwaffnet. (Zuruf des nationalistischen Abgeordneten de Lasteyrie: "Seit 1927 haben sich die Dinge geändert!") Heute gebe Deutschland gemäss den dem Völkerbund gemachten Ziffern nur 4½ Milliarden Papierfrancs für ein Heer von 250 000 Mann einschliesslich der Schupo aus.

Der Redner gab jedoch zu, dass Deutschland dank seiner Industrie und seiner Fortschritte auf chemischem Gebiet und in der Luftschiffahrt stärker als Frankreich sei. Die Kriegsgefahr liege in der Zukunft in den Laboratorien und gegen diese Gefahr seien die Befestigungen an der französischen Grenze machtlos. Gegenüber den Möglichkeiten der Zukunft sei überhaupt keine Landesverteidigung mehr wirksam. Die einzige Rettung sei die allgemeine Abrüstung. Man müsse hoffen, dass die französische Regierung in Genf den grössten Versöhnungswillen zeigen werde.

SPD. Am 27. Februar fand im Preussischen Innenministerium eine Konferenz der preussischen Ober- und Regierungspräsidenten statt. Ausser dem preussischen Innenminister Severing wohnten Ministerpräsident Braun und die Minister Steiger und Grimme den Beratungen bei.

Die Besprechungen wurden eingeleitet durch eine längere Rede des Innenminister, der zunächst darauf hinwies, dass der Winter bis jetzt ohne jede Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vergangen sei. Severing fuhr dann fort: Wir sind zwar noch nicht über den Winter ganz hinweg, denn noch liegen die Iden des März vor uns, und die Märztag werden ja auch den Höhepunkt der politischen Kämpfe mit sich bringen. Aber es ist erfreulich, gegen-

über all den Befürchtungen, die im Herbst v.J. ausgesprochen worden sind, feststellen zu dürfen, dass wir das Ende des Monats Februar erreicht haben, ohne dass die hier und da von ängstlichen Gemütern prophezeite Gefährdung des Staatsgefüges eingetreten ist. Die Unterstützung und Versorgung der Erwerbslosen wird auch die brennende Frage der Zukunft sein. Wir können heute noch bis Ende März einigermaßen klar sehen, welche Mittel uns zur Verfügung stehen; darüber hinaus aber tapen wir vorläufig noch im Ungewissen. Es ist der Preussischen Staatsregierung bekannt, dass die Reichsregierung sich mit der Frage beschäftigt, die Arbeitslosenversicherung und -Unterstützung zu vereinfachen. Ich fürchte, dass das nicht ohne neue Lasten für Länder und Gemeinden gehen wird. Die Gemeinden aber können nicht nur keine neue Lasten mehr ertragen, sondern sind schon heute ausserstande, ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. Ein Eingriff in die Höhe der Unterstützungen aber würde unsere Aufgabe, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, ausserordentlich erschweren. Ich glaube nicht, dass in den nächsten Monaten eine erhebliche Besserung der wirtschaftlichen Situation zu erwarten ist, von der eine bedeutende Verringerung der Erwerbslosenzahl erhofft werden dürfte. Unser Augenmerk wird deswegen darauf gerichtet sein, den Gemeinden und damit auch den ärmsten Gemeindebürgern nach besten Kräften zu helfen. Die Fragen der Wirtschaft und der Sozialpolitik sind auch für die Verwaltung von entscheidender Bedeutung, weil sie sich unmittelbar für unser Aufgabengebiet auswirken.

Das unmittelbar vor uns liegende wichtigste politische Ereignis ist die Wahl des Reichspräsidenten. Die preussische Verwaltung wird und darf keine Wahlbeeinflussung treiben. Es muss auch alles vermieden werden, was nachher mit einem Schein von Berechtigung als ein Grund zur Anfechtung der Wahl angeführt werden könnte. Nichtsdestoweniger aber ist die Haltung der Preussischen Staatsregierung ganz klar und eindeutig, und muss auch die Stellung der preussischen politischen Beamten bei der Reichspräsidentenwahl klar und eindeutig sein. Sie wird es ganz automatisch durch den Aufmarsch der Kandidaten und durch unsere Stellung zu den Parteien der Negation. Den Kandidaten der staatsfeindlichen Parteien, der Nationalsozialisten und der Kommunisten darf kein Erfolg beschieden sein! Und neben den Kandidaten dieser Parteien gibt es nur einen ernsthaften Kandidaten für das höchste Amt, das das deutsche Volk zu vergeben hat, das ist der jetzige Reichspräsident von Hindenburg. Die Zählkandidatur des Stahlhelms wird ja kaum eine grössere Bedeutung erlangen. Für die Preussische Staatsregierung liegt gar kein Anlass vor, ihre bisherige Haltung gegenüber den staatsfeindlich eingestellten Parteien der Nationalsozialisten und Kommunisten zu ändern. Zu den Parteien, die unverhüllt ihren Vernichtungswillen dem heutigen Staat gegenüber zur Schau tragen und in Schrift und Rede sich dieses Vernichtungswillens rühmen, kann es keine andere Einstellung für die Preussische Staatsregierung und preussische Beamte geben, als die bisherige ablehnende. Daran kann auch eine wirkliche oder scheinbar andere Beurteilung einzelner Stellen der Reichsregierung nichts ändern. Deshalb ist es die Auffassung der Staatsregierung, dass bei aller Wahrung der parteipolitischen Neutralität den Bestrebungen staatsfeindlicher Parteien auch im Kampf um den Reichspräsidentenposten entschieden entgegengetreten werden muss.

Vor allem aber muss und wird es Aufgabe der preussischen Verwaltungsbehörden sein, in den kommenden Wochen erhöhter politischer Tätigkeit mit allen Mitteln den Versuchen terroristischer Beeinflussung der Wähler entgegenzutreten. Gegen jede Terrormassnahme muss um der Autorität des Staates willen mit aller Macht vorgegangen werden. Dabei muss das Interesse des Staates in allen Zweifelsfragen richtung- und ausschlaggebend sein. Selbstverständlich soll besonders in der Zeit des Wahlkampfes eine kleinliche Handhabung der polizeilichen Befugnisse gegenüber Versammlungen und Pressepolemiken unterbleiben. Das heisst jedoch nicht, Verleumdern in Presse und Versammlungen Freibriefe ausstellen. Ich bitte Sie daher, von der Möglichkeit, Verleumdungen der Reichs- und Staatsregierung in der Presse durch Auflage von Berich-

tigungen entgegenzutreten, weitgehenden Gebrauch zu machen. Die radikalen Parteien sind in der Wahl ihrer Mittel völlig skrupellos. Sie mögen deshalb wissen, dass jeder Verleumdung in ihrer Presse sofort entgegnet werden wird. Dass die Wochen des Wahlkampfes den preussischen Behörden und der preussischen Polizei erhöhte Arbeitslast bringen werde, brauche ich nicht zu sagen. Aber das darf uns nicht daran hindern, gerade in diesen kommenden Tagen und Wochen unsere Wachsamkeit zu erhöhen und unsere Bereitschaft zu verstärken. Jede Ruhestörung grösserer Art muss auf jeden Fall verhindert werden. Ich werde durch einen Kunderlass den Ausschank von Branntwein usw. für den 12. und 13. März verbieten, damit nicht zu der schon durch die politische Tätigkeit gesteigerten Erregung auch noch eine durch Alkoholgenuss verstärkte Gereiztheit politischer Gegner hinzukommt. Der Tag der Abstimmung sieht uns alle wachsam und bereit, jeden Versuch der Ruhestörung sofort zu unterbinden. Der Tag der Wahl des Reichspräsidenten ist ein Schicksalstag für das deutsche Volk. Er muss zu eine Tag des Sieges der Vernunft und des Willens zum Aufbau werden. Dafür setzen wir alle Kräfte ein. Dann wird der 13. März der Anfang vom Ende der Phrase und des Abenteuers sein.

An die Ausführungen des Ministers schloss sich eine rege Aussprache, in deren Verlauf auch Ministerpräsident Braun das Wort ergriff und u.a. zur Frage der Pressenotverordnung ausführte:

Die Bevölkerung ist heute durch die lastende Wirtschaftsnot politisch krank und jeder tollen Lüge leicht zugänglich. Deshalb sind die Folgen geistiger Brunnenvergiftung in den Versammlungen in kleinen Orten und in der Presse auf dem Lande besonders schlimm. Ich stehe deshalb auf dem Standpunkt, dass es weniger auf Zeitungsverbote ankommt als darauf, auch in der Presse der radikalen Parteien der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Deshalb müssen m.E. die Verwaltungsbehörden vom Recht der Notverordnung, in den gegnerischen Zeitungen Erwiderungen und Richtigstellungen gegenüber verleumderischen Angriffen zu bringen, ausgiebig Gebrauch machen. Die Gegner des heutigen Staates arbeiten mit den niedrigsten Mitteln der persönlichen Verunglimpfung und Herabsetzung. Ich bin kein Freund von Strafanträgen, aber ich habe es erlebt, dass eine Verleumdung, gegen die ich nicht Strafantrag stellte, im ganzen Lande herumgetragen wurde. Und als ich dann endlich gegen einen Verleumder die Klage anstrengte, berief dieser sich in dem Verfahren darauf, dass er nur wiederholt habe, was seit Jahr und Tag unwidersprochen geblieben sei. Er habe also im guten Glauben gehandelt. Darauf ist dann dieser Beleidiger freigesprochen worden. Sie sehen, stelle ich keinen Strafantrag, so wird das von den politischen Gegnern als Beweis für die Richtigkeit der Behauptung angeführt, stelle ich Strafantrag, so heisst es, Preussens Ministerpräsident ist überempfindlich. Ich bin der Meinung, dass die Gesetze Handhaben genug bieten, um Verleumdung und Verhetzung zu unterbinden, sie müssen nur pflichtgemäss von den Verwaltungs- und Justizbehörden angewandt und ausgelegt werden.

Am Schluss der Aussprache fasste der Innenminister das Ergebnis der Konferenz dahin zusammen, dass aus allen Ausführungen sich die Gewissheit ergeben habe, dass die kommenden politisch bewegten Wochen die preussische Verwaltung wohl vorbereitet finden werden.

SPD. Beuthen, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In Oberschlesien hat der Aufmarsch der Eisernen Front ebenfalls überall zu beachtlichen Erfolgen geführt. Die Kundgebungen in den bedeutendsten Städte im Industriedreieck wie in den agrarischen Gegenden der Provinz, waren durchwe überfüllt und von entschlossenem Kampfesgeist gegen die faschistischen Bedrohungen der Demokratie beseelt. Besonders eindrucksvoll verlief eine Veranstaltung der Eisernen Front in Kreuzburg, wo die Besuchermassen ergriffen des in Bankau von Nationalsozialisten viehisch ermordeten Landarbeiterfunktionärs Bassy gedachten.

SPD. Der Nazi-Häuptling und Chefredakteur des "Völkischen Beobachter" Rosenberg, der aus Russland stammt und sich heute in Deutschland als völkisch-nationaler Lehrmeister aufspielt, hat es bisher peinlich vermieden darüber Auskunft zu geben, wo er während des Krieges gesteckt hat. Jetzt glaubt eine französische Wochenzeitung "Je suis Patriot" näheres darüber mitteilen zu können. Sie schreibt wörtlich:

"Herr Rosenberg, Chefredakteur des "Völkischen Beobachter", des Zentralorgans der nationalsozialistischen Partei, ist entschieden ein merkwürdiger Mensch. Von seinem Chef Hitler beauftragt, eine diplomatische Rundreise durch die Hauptstädte der Länder zu unternehmen, hat Rosenberg seine delikate Mission mit einer Reise nach London begonnen. Aber derartige Ehrenaufträge haben ihre Unannehmlichkeiten: Sie bringen den Menschen in Sichtweite und beschwören gewisse Erinnerungen herauf. So geschieht es, dass gewisse absolut glaubwürdige Personen sich erinnern, Herrn Rosenberg im Informationsdienst des Außenministeriums in Paris in der Rue Francois-Jer kennen gelernt zu haben. Herr Rosenberg ist in der Tat kein Jude, wie gewisse Journalisten behaupten zu können glaubten; das wäre eine zu heftige Vergewaltigung der Rasseprinzipien gewesen. Aber Herr Rosenberg ist ein Balte; er war also russischer Untertan und hat in dieser Eigenschaft den Krieg in Diensten des Quai d'Orsay mitgemacht..... "

Wie steht es mit diesen Behauptungen Herr Rosenberg? Wollen Sie sie etwa bestreiten?

SPD. Genf, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Auf der Abrüstungskonferenz wurde deren Präsident Artur Henderson gegen den Widerstand Frankreichs auch zum Vorsitzenden des Politischen Ausschusses gewählt. Damit ist Hendersons beherrschender Einfluss auf sämtliche Arbeiten anerkannt. Er leitet die Vollkonferenz, die General-Kommission und die Politische Kommission, alles Körperschaften, deren Beratungen von ausschlaggebender Bedeutung für den Verlauf der Abrüstungs-Konferenz sein werden.

SPD. Die Reichsregierung wird die zugesagte Biersteuersenkung nicht durchführen, solange die Gastwirte in einzelnen teilen Deutschlands den "Bierstreik" weiter führen. Den Gastwirts-Organisationen ist vom Reichsfinanzministerium bereits eine entsprechende Mitteilung zugegangen.

SPD. Der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten in Preussen hat im Disziplinarverfahren gegen einen höheren Polizeioffizier wieder den Grundsatz aufgestellt, dass das offene Bekenntnis des Polizeioffiziers zur NSDAP ein Dienstvergehen sei.

In der Begründung des vorstehenden Spruchs heisst es u.a.: "Der Ange-schuldigte ist für eine Partei eingetreten, welche den Umsturz der bestehenden republikanisch-parlamentarischen Staatsform nötigenfalls mit Gewalt erstrebt. Diesen Standpunkt hat der Disziplinarhof bereits in einer höchst richterlichen Entscheidung vom 9. März 1931 vertreten; er hat sich dabei in Übereinstimmung mit der rechtsprechung des Reichsgerichts befunden, dessen 4. Strafsenat in seiner Entscheidung vom 10. Februar 1931 entsprechendes ausgeführt hat. Von dieser Rechtsprechung, die seitdem in zahlreichen Entscheidungen ständig aufrechterhalten worden ist, abzugehen, besteht kein Anlass."

Wenn in neuerer Zeit nach den für die NSDAP erfolgreichen Wahlen in der Parteipresse dieser Partei und den Äusserungen über Führer von "legalen" Wegen gesprochen wird, auf denen ihr Ziel, das "Dritte Reich", verwirklicht werden soll, so handelt es sich hierbei um eine Verschleierung des wahren Zieles, nämlich der gewaltsamen Beseitigung der bestehenden Staatsform. Dies ergibt sich übrigens schon aus der Tatsache, dass die vollkommen straff militärisch gegliederten und ausgebildeten "Sturm"-Abteilungen bestehen geblieben sind.

Das Dienstverhältnis verpflichtet die Beamten zu Treue und Gehorsam gegenüber dem Staate und verbietet ihnen, von dem Recht der freien Meinungsäusserung und der politischen Betätigung einen gleichweiten Gebrauch zu machen, wie er jedem anderen Staatsbürger gestattet ist, der nicht unter dem Zwange der im öffentlichen Interesse unerlässlichen Dienstzucht steht. Das Amt umfasst die Gesamtpersönlichkeit des Beamten; er ist niemals nur Privatmann. Demnach verletzt ein Beamter, der, wie der Angeschuldigte, offen für seine Partei eintritt, welche den Umsturz der bestehenden Staatsordnung nötigenfalls im Wege der Gewalt erstrebt, die Treuepflicht, die aus seinem Anstellungsverhältnis gegenüber dem Staat in seiner verfassungsmässigen Form als eine der grundlegendsten Amtspflichten entspringt."

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Aus aller Welt

Drei Jahre Reformpolizei.

Besuch im Magdeburger Polizeipräsidium - Das Amt ohne Amtsschimmel - Kein Verbrecheralbum mehr.

SPD. Magdeburg, Ende Februar (Fig. Ber.)
Es sind jetzt drei Jahre her, dass der frühere Magdeburger Polizeipräsident Dr. Menzel als Leiter der Verfassungsabteilung ins Reichsinnenministerium gerufen wurde. Er hinterliess ein vollkommen reformiertes Polizeipräsidium, das unter seiner Leitung zu einer der modernsten Behörden Deutschlands geworden war. Sein Nachfolger Dr. Bärensprung hat tatkräftig bewiesen, dass Menzels Reform kein Experiment, sondern ein Meisterwerk behördlicher Rationalisierung ist, das dem preussischen Staat jährlich hunderttausende von Mark erspart.

+

Ein Besuch im Magdeburger Polizeipräsidium. Das kleine Zimmer, von dem die Reformierung der gesamten preussischen Polizei ausging, ist noch vorhanden: an der Tür hängt heute noch ein Schild mit der Inschrift: "Reformbüro". Man erkannte nämlich, dass die Reorganisation, wie sie hier im Magdeburger Polizeipräsidium durchgeführt worden ist, als Vorbild für jede moderne Behörde gelten kann; und aus diesem Grunde wurde Magdeburg als Reformzentrale der preussischen Polizei ausersehen.

An der Wand des Zimmers hängt ein Schaubild. Es zeigt Rückendeckel für Aktenordner. Buchstaben, Zahlen, bunte Punkte und Streifen markieren genau das Gebiet, zu dem die mit solchen Deckeln versehenen Schriftstücke gehören; das Zeichen "K III 35⁰¹" zum Beispiel bedeutet: "Kriminalpolizei, Trunken- und Raufbolde." Der Sinn dieser Normung ist ganz einfach: es gibt keine Registratur und keinen Registrator mehr! Die kleine Arbeit des Einordnens in diese übersichtlichen Ordner leistet der Sachbearbeiter selbst. Und das Wichtigste: ein und derselbe Vorgang ist bei allen Dienststellen Preussens unter der gleichen Aktennummer zu finden!

Die Akten, bisher als mächtige Götzen über den Behörden thronend, sind von ihrem Podest herabgeholt worden. Man hat sogar - grössere Papierkörbe angeschafft, um unnützen Aktenballast respektlos hineinwerfen zu können! Hier wäre jene Geschichte unmöglich, die sich wirklich einmal in einem Amtszimmer zugetragen hat: als ein Beamter seine vorgesetzte Behörde fragte, was mit einem verstaubten, sechzig Jahre alten Aktenbündel angefangen werden solle, erhielt er die Antwort: "Nach Abschriftnahme vernichten!"

+

Das Meldeamt ist ein grosser, heller Saal. Statt der kleinen Schalterfenster, an die sich so bequem das Schild "Geschlossen" anbringen liess, gibt es jetzt einen breiten Tisch zwischen Publikum und Beamten. Moderne "Trogpulte", an denen die Beamten auf Drehstühlen sitzen, haben unter ihrer verschiebbaren Platte die Meldekartotheken.

"Fünfzehn Beamte arbeiteten hier früher", erzählt uns der Leiter des Meldeamts, "jetzt sind es nur mehr zehn, und für 300.000 Einwohner genügen diese acht Pulte. Für Personen, die schon jahrelang aus Magdeburg verzogen sind, haben wir unsere "Totenkammer" - das ist unser Scherzname für ein kleines Zimmer, in dem die alten Meldekarten aufbewahrt werden. An den aufgestellten Schildern sehen Sie, dass wir eine ganz neue Einteilung des Alphabets durchgeführt haben: Ue und Y werden unter I geführt, Ch und C unter K, V unter

F. Es ist die sogenannte phonetische Aufteilung, die das Suchen wesentlich erleichtert, wenn die richtige Schreibweise auf den Karten auch natürlich beibehalten ist. Eine weitere wichtige Neuerung ist die farbige Meldekarte: männliche Personen werden auf grauen Blättern geführt, geschiedene und verwitwete Frauen auf blauen, ledige weibliche Personen auf lachsfarbenen Karten."

+

"Bei uns sind die Frauen rot, die Männer blau", hören wir im Erkennungsdienst, dessen Kartothek 76.000 Personen umfasst. Diese Hauptkartothek der Kriminalpolizei wird durch eine Reihe anderer Kartotheken ergänzt. Die Einteilung ist überall ganz neuartig: man hat zum Beispiel Gewohnheitsverbrecher von solchen Personen, die nur einmal mit dem Gesetz in Konflikt gerieten, getrennt. Jeder Straffällige hat seine Ermittlungskarte mit dreiteiligem Foto, Beschreibung und zehn Fingerabdrücken. Das "Verbrecheralbum" selbst ist verschwunden, und die dafür eingerichtete Verbrecherkartei ist nach ganz überraschenden Gesichtspunkten gegliedert - nach der Körpergrösse! Kleine Figuren haben blaue Karten, mittlere haben grüne, grosse haben gelbe Karten. Diese Einteilung hat sich vor allem deshalb bewährt, weil die meisten Zeugen einer Tat den flüchtigen Verbrecher nur nach den grössten Kennzeichen, vor allem der Körpergrösse, beschreiben können.

Drei andere Karteien unterstützen die Arbeit der Kriminalpolizei: die Kartei der Steckbriefe, die 46.000 Namen enthält; die Kartei der Vermissten, die ihre Angaben an das Dresdner Polizeipräsidium weiterliefert, wo sich die Zentralstelle für Vermisste und unbekannt Tote für ganz Deutschland befindet; und die Kartei der gestohlenen Gegenstände.

+

Die Kartei regiert im ganzen Haus. Ihr hat das Passregister weichen müssen, ebenso wie die Register der Führer-, Waffen-, Jagd-, Händler-, Zulassungsscheine und Schankkonzessionen.

Auch das System der Polizeistrafen ist reformiert worden. Jeder Polizist hat ein Notizbuch mit vorgedruckten Blättern; auf dem Deckel des Buches sind die häufigsten Delikte mit Stichworten und dazugehörigen Paragraphen aufgeführt. 40 bis 50 Polizeistrafen werden täglich verhängt, obwohl die Zahl der eingehenden Anzeigen wesentlich grösser ist; aber die Reviervorsteher sortieren sofort jene Fälle aus, die wegen Geringfügigkeit mit einer Verwarnung erledigt werden. Die übrigen werden von einer Stenotypistin in einem einzigen Arbeitsgang bearbeitet: sie tippt zugleich die Strafverfügung, den Durchschlag für die Akten, die Zustellungsurkunde und die Adresse.

+

Das grösste Wunder dieser "Behörde ohne Zopf" aber ist die Reformierung ihrer Menschen. Mit den Karteien und Trogpulten scheint ein demokratischerer, liebenswürdigerer Geist eingezogen zu sein, wie man ihn gern in allen Behörden spüren möchte, nicht nur im Magdeburger Polizeipräsidium.

L.

+ + +

Die Valentino-Hysterie. Auch im Grabe findet der vor längerer Zeit verstorbene amerikanische Filmstar Rudolf Valentino vor seinen Verehrerinnen keine Ruhe. Hunderte wallfahrten täglich zu seiner letzten Ruhestätte auf dem Kirchhof in Hollywood. Kürzlich wurden mehrere seiner Verehrerinnen festgenommen, weil sie beschlossen hatten, Valentinos Leichnam zu stehlen. Fünf Frauen wurden dabei überrascht, wie sie mit Gewalt in das Mausoleum des toten Filmhelden eindringen wollten. Wiederholt wurden Säulen und Wände des Grabmals beschädigt: Valentinos Verehrerinnen haben kleine Steinchen ausgebrochen und, im Kleid versteckt, fortgeschleppt. Eine Amerikanerin liess sich scheiden, um täglich in der Nähe ihres Halbgottes weilen zu können.

+ + +

Pfotenabdrücke Der "Verband für Windhundrennen in Australien" hat bestimmt, dass die Pfoten aller für Wettrennen ausgebildeten Windhunde registriert werden. Diese Massnahme ist durch verschiedene grosse Schiebungen veranlasst: bei einigen Windhundrennen der letzten Zeit hatten Windhunde unter falschem Namen teilgenommen, wobei die Schwindler, die die Tiere laufen liessen, entsprechend sicher wetteten.

+ + +
Trichinen-Nachspiel. Vor etw a zwei Jahren waren in Stuttgart durch den Genuss eines trichinösen Bärenschinkens 12 Personen tödlich und 82 lebensgefährlich erkrankt. Die Affäre wird jetzt ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Erkrankten, die zum Teil mit ihren Familien durch ihr Leiden in grosse materielle Not geraten sind, haben sich zur Wahrung ihrer Interessen gegenüber der Stuttgarter Stadtverwaltung, die für die Durchführung des Fleischbeschaugesetzes verantwortlich ist, zusammengeschlossen. Vorerst wurde in zwei Fällen ein Entschädigungsanspruch eingeklagt. Die Behörden haben sich bereit erklärt, mit den vom Unglück besonders schwer Betroffenen einen Vergleich einzugehen.

+ + +
Goethe-Postkarten. Anlässlich der Goethefeier werden von der Deutschen Reichspost "Goethepostkarten" zu 6 und 15 Pfennig verausgabt. Die Karten, die von den Postanstalten vom 1. März ab verkauft werden, tragen das Bildnis Goethes.

+ + +
Ermordung einer Achtjährigen? In Budberg (Rheinland) wurde eine achtjährige Schülerin an einer Eiche erhängt aufgefunden. Offenbar liegt Mord vor.

+ + +
Der Bettler als Millionär. In Brixen (Tirol) verstarb ein aus Bonn stammender Bettler, der einen Betrag von 1½ Millionen Lire hinterliess. Der Verstorbene hat das Geld testamentarisch dem chinesischen Volk "zur Bekämpfung der Europäer" vermacht.

+ + +
Brillen für Kühe. Im Norden Russlands ging bisher regelmässig bei den winterlichen Schneestürmen viel Vieh verloren, weil die Tiere bei dem scharfen Wind die Augen nicht offen halten können. Man ist jetzt dazu übergegangen, den Rindern farbige Brillen aufzusetzen. Mit dem Erfolg des Experiments ist man zufrieden.

+ + +
Ein tüchtiger Papagei. In Marseille wurden zwei Einbrecher, die in eine Wohnung eingedrungen waren, durch den plötzlichen Ruf verscheucht: "Bitte hierher, wir haben sie gefasst!" Die Diebe glaubten sich ertappt, warfen den Schmuck den sie bereits gefunden hatten, von sich und verschwanden schleunigst zum Fenster hinaus. In Wirklichkeit waren die Einbrecher vor einem Papagei geflüchtet, dessen Besitzer ihm den Alarmruf eingetrichtert hatte.

+ + +
Vom Moskitokrieg. In manchen Gegenden Amerikas ist die Moskitoplage ausserordentlich stark. Die General Electric Company hat nun eine Erfindung herausgebracht, die den Krieg gegen die Moskitos auf radikale Weise führen soll. Ein Instrument, das das Summen der weiblichen Moskitos nachahmt und damit die männlichen anlockt, ist in Verbindung gebracht mit einer erhitzten Platte, in deren Nähe jeder Moskito zugrunde gehen muss.

+ + +
Eine "markige" Leistung. Im Zuchthaus von Lyon gelang es einem Sträfling, 7 045 Buchstaben auf die Rückseite einer Briefmarke zu schreiben. Der bisherige Rekord im Briefmarkenbeschreiben war mit 6 000 Buchstaben von einem Leipziger Sträfling gehalten worden.

Entwicklung der Agrarpreise?

(Prognose des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung: kein weiterer Preisfall, aber auch keine Preisverbesserungen.)

SPD. Das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung, das unter Leitung des bekannten Professors Dr. Brandt steht und das seit längerem eine wichtige Aufklärungsarbeit über Markt- und Absatzfragen leistet, veröffentlicht einen Ausblick, eine Prognose, über die zukünftige Preisgestaltung bei den Agrarartikeln. Solche Prognosen, deren Wichtigkeit nicht nur für Landwirtschaft, sondern auch für die ganze Wirtschaftspolitik nicht zu verkennen ist, werden in anderen Ländern schon seit Jahren aufgestellt. Die deutsche Forschung ist hier zurückgeblieben. Man hat derartige Voraussagen wohl für Einzelerzeugnisse z.B. für Schweine und Rinder versucht, aber nie für den gesamten Agrarmarkt. Vor allem ist es die gesamte wirtschaftspolitische Orientierung und Zielsteckung, die auf derartige Prognosen nicht verzichten kann. Je mehr man versucht, Wirtschaftspolitik im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus zu treiben, also in dem Masse, wie man die Produktion dem Bedarf anzupassen versucht, wird man immer wieder auf derartige Voraussagen zurückgreifen müssen. Diese Voraussagen müssen von der Kaufkraft ausgehen. Jede weitere Reduzierung der Kaufkraft, jeder Lohn- und Gehaltsabbau führt nämlich zu einem Verbrauchsrückgang, der sich in neuen Preiszusammenbrüchen auswirken muss. In der Feststellung des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung heisst es dann auch, dass bei gleichbleibender Kaufkraft sowohl bei Getreide wie bei den Veredelungsprodukten nicht mehr mit einer weiteren Senkung der Preise auf dem Weltmarkt zu rechnen sei. Für eine Preissteigerung bestehe jedoch keine Aussicht, weil eine beträchtliche Einschränkung der Produktion nicht zu erwarten sei, zumal die Produktionskosten bedeutend niedriger sind als vor drei Jahren.

Für Deutschland muss nun ein Unterschied gemacht werden zwischen Erzeugnissen, die wir in genügendem Umfang selbst herstellen, und solchen Erzeugnissen, für deren Herstellung die deutsche landwirtschaftliche Produktion nicht ausreicht, um den vorhandenen Bedarf zu decken. Zu den erstgenannten Produkten zählen Roggen, Kartoffel und Zucker, zu den zuletzt genannten u.a. Butter und Eier. Bei allen Produkten, die wir selbst in genügendem Masse erzeugen, ist die Preisgestaltung von der Nachfrage abhängig und nicht von den Zöllen. Die Zölle können wohl die ausländische Einfuhr fernhalten, aber nicht die Preise bestimmen. Aber auch bei den Butter- und Eierpreisen ist mit Zollerhöhungen nicht viel zu machen. Zwar ist zu gleicher Zeit mit der Butterzollerhöhung der Butterpreis gestiegen. Die Gründe dafür liegen aber zweifellos nicht in der erfolgten Zollerhöhung, sondern in der Tatsache, dass die Butterpreise um diese Jahreszeit immer steigen. Ausserdem führt England am 1. März einen Butterzoll ein. Die englischen Importeure versorgen sich gegenwärtig stark mit Butter (Voreindeckung), sodass die Nachfrage sich am Weltmarkt steigerte, was natürlich die Preise treibt. Die Butterzollerhöhung allein kann den deutschen Butterpreis nicht treiben, weil infolge des finnischen Handelsvertrages und der Meistbegünstigung immerhin noch 60 000 Tonnen Butter zu dem alten, im Vergleich zu den erhöhten Sätzen, verhältnismässig geringen Zoll eingeführt werden. Viel mehr als 60 000 Tonnen kann aber Deutschland infolge der gesunkenen Kaufkraft der Verbraucher nicht einführen. Von

dieser Annahme aus kommt das Institut für Landwirtschaftliche Marktforschung zu dem Ergebnis, dass in Deutschland ein höherer Butterpreis als 120 bis 130 Mark im Durchschnitt dieses Jahres nicht zu erwarten sei. Noch empfindlicher als der Butterkonsum ist der Eierkonsum. Jede Preissteigerung müsse hier zu einem Absatzrückgang führen. Davon ausgehend könne man annehmen, dass auch hier keine Erhöhung der Preislage, gleichbleibende Kaufkraft der Verbraucher vorausgesetzt, zu erwarten sei.

Im grossen und ganzen kann man die Folgerungen des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung unterstreichen. Weiter ist es notwendig, handelspolitische Schlüsse zu ziehen. Genau so, wie Deutschland bereits mit seinem Butterzoll Länder, die für deutsche Exportwaren wichtige Aufnehmer sind, vor den Kopf gestossen hat, will der Reichsernährungsminister Schiele den Eierzoll erhöhen. Die Ausführungen des Instituts für Landwirtschaftliche Marktforschung zeigen, dass man die Lage der Landwirtschaft dadurch nicht bessert. Aber man wird die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und jenen Ländern verschlechtern, die durch eine solche Zollerhöhung betroffen werden. Das führt immer wieder zu einer Drosselung unseres Exports und einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Wer aber arbeitslos ist, kann dem Landwirt keinen Roggen, keine Kartoffeln, keine Eier und keine Butter abkaufen. Ein Zoll, den man nach aussen ohne jeden Sinn macht, wirkt sich auf dem Binnenmarkt furchterlich aus. In erster Linie für die Landwirtschaft und für die Preise landwirtschaftlicher Artikel. Es ist höchste Zeit, dass die Landwirtschaft das einsieht. Sie hat das grösste Interesse an einer Steigerung der Verbraucherkaufkraft. Eine Verbesserung der Kaufkraft, also in erster Linie eine Verbesserung der Kaufkraft der Industriearbeiter, lässt sich aber nicht durch faschistische Absperrpolitik erreichen, sondern nur durch politische und wirtschaftliche Verständigung mit unseren Nachbarstaaten. Man hat in weiten Kreisen anscheinend die Wichtigkeit einer vernünftigen Aussenpolitik für die Wirtschaftsbelebung in Deutschland noch nicht erkannt.

SPD. Der Reichskohlenkommissar hat die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland für März um weitere 50 000 Tonnen heruntergesetzt. Im April tritt eine weitere Ermässigung um 50 000 Tonnen in Kraft. Die neue Drosselung der englischen Kohleneinfuhr wird wie folgt begründet: "Während z.B. die arbeitstägliche Förderung an der Ruhr im Durchschnitt des Jahres 1929 rund 407 000 Tonnen betrug, ist sie im Februar 1932 bis auf etwa 240 000 Tonnen gesunken. Die deutsche Bergarbeiterschaft wird von dieser katastrophalen Entwicklung in unerträglicher Weise betroffen. Die Belegschaft an der Ruhr, die im Jahre 1929 noch 361 000 Köpfe betrug, ist bis auf etwa 200 000 zurückgegangen und muss trotzdem häufige Feierschichten mit ihren bei den gesenkten Löhnen unempfindlicheren Verdienstaussfall in Kauf nehmen."

Der Ruhrbergbau hätte, um der englischen Kohleneinfuhr zu begegnen, eine Reihe von Absperrmassnahmen vorgeschlagen; u.a. wurden Dumpingausgleichszölle gefordert. Diesem Standpunkt schloss sich der Reichsverband der deutschen Industrie im grossen und ganzen an. Die Reichsregierung hat aber vorgezogen, diese Pläne nicht zu verwirklichen. Sie belässt es bei einer weiteren Kürzung der englischen Kohleneinfuhr, in der richtigen Erkenntnis, dass die vom Ruhrbergbau geforderten Massnahmen Gegenmassnahmen hervorgerufen, in England böses Blut gemacht und unseren Aussenhandel schwer geschädigt hätten. Berücksichtigt man die Einschränkungen, die bereits im Herbst vorigen Jahres im Februar 1932 in Kraft getreten sind, dann ermässigt sich die englische Kohleneinfuhr noch um rund zwei Dritte. So sehr man dem Ruhrgebiet die, allerdings die Gesamtlage kaum ins Gewicht fallende Absatzerleichterung in Deutschland gönnt, darf man nicht verkennen, dass durch solche Massnahmen das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und England gerade nicht gebessert, und die kritische Lage entspannt wird.

SPD. Die abschliessenden Ziffern für das Jahr 1931 zeigen, in welchem Ausmass die Banken- und Kreditkrise den Realkreditmarkt, wo die grossen Kreditinstitute sich gegen Ausgabe von Pfandbriefen und Obligationen mit langfristigen Krediten versorgen, in Mitleidenschaft gezogen hat. Der Absatz von Pfandbriefen wird für das Jahr 1931 mit 309 Millionen Mark angegeben gegenüber über 1 248 Millionen Mark im Jahr vorher. Hier zeigt sich eine, allerdings wichtige Ursache für das Daniederliegen des Baumarktes. Im ersten Halbjahr 1931 wurden noch für 278 Millionen Mark Pfandbriefe abgesetzt gegenüber etwa 800 Millionen Mark im Jahr vorher. Das dritte Vierteljahr 1931 brachte dagegen einen Rückfluss von 19 Millionen Mark. (3. Vierteljahr 1930 Zugang von 270 Millionen Mark) Im vierten Vierteljahr steigerte sich der Rückfluss auf 50 Millionen Mark, während im vierten Vierteljahr 1930 noch für 175 Millionen Mark Pfandbriefe abgesetzt werden könnten. Der Absatz von Kommunalobligationen wird für das gesamte Jahr 1931 mit 108 Millionen Mark angegeben (1930 = 450 Millionen Mark). Im ersten Vierteljahr betrug der Absatz noch 43 Millionen, im zweiten 46 Millionen und im dritten 34 Millionen Mark. Im vierten Vierteljahr setzte ein Zufluss in Höhe von 14 Millionen Mark ein.

SPD. Am Schluss der verflossenen Woche trat eine starke Ermässigung der Grosshandelspreise für Butter ein. Nach der Berliner Notierung ist der Preis, für 1 Zentner erste Qualität, von 135 auf 126 Mark gefallen. Den Anstoss zu dieser Preisabflachung gaben die nachgebenden Butterpreise im Ausland, wie auch die deutschen Butterpreise den aufsteigenden Preisen im Ausland während der letzten Wochen folgten. Mit Inkrafttreten des englischen Butterzolls am 1. März ist die Nachfrage stark zurückgegangen. Andererseits ist unter Einfluss der höheren Butterpreise in Deutschland die Nachfrage gesunken. Die Dinge scheinen hier so zu liegen, dass ein Butterpreis, der über 110 bis 120 Mark hinausgeht, immer Grosshandelspreis für erste Qualität genommen, die Kaufkraft schon übersteigt und den Konsum von der Butter zu anderen Artikeln, z.B. Margarine abdrängt.

SPD. Der in Berlin und anderswo ausgebrochene Bierstreik weist auf die Bestrebungen hin, den Weinabsatz zu fördern.

Deutschland erzeugt auf einer Fläche von rund 71 000 Hektar etwa 2 Millionen Hektoliter Wein. Die Zahlenangaben beziehen sich auf den Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Dazu dürften während der letzten vier Jahre im Durchschnitt 2,5 Millionen Hektoliter Wein eingeführt worden sein. Die Einfuhr entspricht einer Menge von 3,9 Litern pro Kopf der Bevölkerung. Es stehen also Mengen zur Verfügung, die nicht besonders gross sind. Trotzdem sind sie nicht abzusetzen. Angebot und Nachfrage stehen in krassem Widerspruch. In der Nachkriegszeit dürften in Deutschland pro Jahr und pro Kopf der Bevölkerung etwa 4 Liter Wein getrunken worden sein, gegen 6 Liter Wein in der Vorkriegszeit und 150 Liter in Frankreich und 100 Litern in Spanien. Das erklärt die Krise im Weinbau. Mit Ausnahme von Württemberg, das seine Produktion selbst verbraucht, stehen im Weingau, an der Nahe, in Baden, in der Pfalz, an der Saar und anderswo erhebliche Mengen zur Verfügung, die nicht untergebracht werden können. Die Krise hat den Weinbauer - mit Ausnahme der grossen Weingüter handelt es sich um durchweg proletarische Existenzen, die sich seit längerem in gut funktionierenden Winzergenossenschaften zusammengeschlossen haben - fürchterlich gefasst. Es werden gegenwärtig in den Weinbezirken Preise geboten und bezahlt, die beispielsweise niedrig sind. In grossen Strecken des deutschen Weinbaugebietes ist der Betrieb unlohnend geworden und zwar auf

Böden, die nur zum Weinanbau benutzt werden können. An den Hängen z.B. am Rhein wächst nur der Weinstock; wenn man ihn nicht baut, wertloses Buschwerk. Es droht ohne Zweifel die Gefahr, dass alt eingesessene Bauernschichten durch diese Krise entwurzelt werden.

Die Absatzkrise beim Wein ist eine Qualitäts- und eine Preisfrage. In Bezirken, die für den Weinabsatz in Frage kämen, wird mit wenigen Ausnahmen, schlechter und verfälschter Wein zu teuren Preisen angeboten. Man hat kein Verständnis für Wein als Volksgetränk. Wie die Winzergenossenschaften die Bestrebungen, ihren Absatz zu erweitern, angefasst haben, zeigte Ende d. verflossenen Woche eine Veranstaltung des Reichsverbandes der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften-Raiffeisen F.V. im Rahmen eines Lehrganges über landwirtschaftliche Absatzfragen. Erwähnt wurde die Schaffung von Typenweinen, also von guten Weinen zu niedrigen Preisen, die immer in derselben Qualität geliefert werden können, weiter die Errichtung von genossenschaftlichen Ausschankstellen, die in letzter Zeit stark zugenommen hat, und schliesslich die Einrichtung von genossenschaftlichen Weinwerbestuben. Allen diesen Massnahmen liegt der Gedanke zugrunde, die Handelsgewinne zu drücken und dem breiten Publikum ausserhalb der Weingebiete einen unverfälschten Wein zu liefern.

 Ungenügender Russenroggen.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Februar.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse blieb am Sonnabend weiter rückläufig. Am Markte der Zeitgeschäfte verlor Roggen durchschnittlich 1 bis 2 Mark, während sich bei Weizen die Preisrückgänge sogar auf 3 Mark und darüber stellten. Am Promptmarkt hat sich die Lage nicht geändert. Weizen vom Inland blieb weiter gering angeboten, jedoch zeigten auch die Mühlen etwas verminderte Kauflust. Die Preise gingen infolgedessen für Weizen auch hier um etwa 2 Mark zurück. Roggen notierte unverändert. Das Angebot an inländischer Ware war weiter ausserordentlich klein, während Russenroggen wieder angeboten wurde; jedoch in ungenügenden Mengen. Mehl hatte sehr kleines Geschäft, lediglich der laufende Bedarf wurde gedeckt. Die Forderungen der Mühlen lauteten unverändert. Es zeigte sich zumeist mehr Neigung zur Nachgiebigkeit. Für Hafer war die Stimmung eher etwas freundlicher. Das Angebot blieb sehr klein. Der Konsum hielt sich jedoch ziemlich zurück.

	26. Febr.	27. Febr.
	(ab märkische Station in Mark.)	
Weizen	248 - 250	246 - 248
Roggen	193 - 195	193 - 195
Braugerste	=	=
Futter- und Industrieroggen	163 - 169	167 - 172
Hafer	149 - 156	149 - 156
Weizenmehl	31,50 - 34,75	31,25 - 34,50
Roggenmehl	28,00 - 29,40	27,75 - 29,10
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,85 - 10,25	9,85 - 10,25

Handelsrechtliche Lieferungsverhältnisse: Weizen 256-256 $\frac{1}{4}$ (Vortrag 259 $\frac{1}{2}$), Mai 265-264 $\frac{1}{2}$ (268), Juli 271 $\frac{1}{2}$ (274). Roggen März 199 $\frac{1}{2}$ -199 (201 $\frac{3}{4}$), Mai 208-207 $\frac{1}{2}$ Brief (210), Juli 204 $\frac{1}{2}$ -203 $\frac{1}{2}$ (205 $\frac{1}{2}$). Hafer März 165-164 $\frac{1}{2}$ (163 $\frac{1}{2}$), Mai 174 $\frac{1}{2}$ -173 $\frac{1}{2}$ Brief (173), Juli 178 $\frac{3}{4}$ (179 $\frac{3}{4}$).



Hochschulreform und Gewerkschaften.

SPD. 200 000 Akademiker, die in ihren Berufen nicht unterkommen werden in den nächsten Jahren den Arbeitsmarkt schwer belasten. Da sie nicht verhungern wollen, werden sie in alle möglichen Berufe hineindrängen, vor allem werden sie in den Berufen der Angestelltenschaft ein Unterkommen suchen. Die Frage der Hochschulreform interessiert daher ganz besonders die Angestelltenschaft, und der Afa-Bund hat bereits ein Hochschulprogramm entwickelt, dessen Reformvorschläge den weiteren Zudrang zu den akademischen Berufen abstopfen sollen.

Das Hochschulprogramm des Afa-Bundes hat in der gesamten Öffentlichkeit und vor allem unter den Studenten selbst starke Beachtung gefunden. Der Bund untersucht in seinem Programm zunächst Ursachen und Wirkungen der Hochschulüberfüllung. Mit Recht bezeichnet er die Überfüllung der Hochschulen als die Hauptquelle der Hochschulkrise. In seinem Notprogramm fordert er Gebührenstufung, besondere Verweil-Gebühren für die "bemoosten Häupter", Verkürzung der heute fast ein halbes Jahr betragenden Universitätsferien und vor allem eine besondere Auslese unter den neu eintretenden Studierenden. Im Abitur ist nach seinem berechtigten Urteil kein Masstab der Hochschulreife. Zum Schluss zeigt das Hochschulprogramm des Afa-Bundes die Zusammenhänge zwischen endgültiger Hochschulreform und Schulreform auf. Die Aufhebung des Besitzprivilegs für die Hochschulen ist das Ziel seiner praktischen und unmittelbar anwendbaren Vorschläge.-

Die Überfüllung der Hochschulen mit "intellektuellen Versorgungsanwärtern" ist in erster Linie eine Folge der Flucht aus den sogenannten "niederen Berufen". Das Los des Arbeiters ist nicht beneidenswert. Daher will keiner Arbeiter werden, und so manche Arbeiterfamilie, so mancher Kleinhandwerker, so mancher Angestellte und kleine Beamte lässt Söhne und Töchter studieren, weil sie es besser haben sollen als die Eltern. Bei den gutsituierten Bevölkerungsschichten aber werden Tausende und Abertausende junge Leute auf die Hochschulen aus Prestige Gründen geschickt, obwohl sie keinerlei Begabung für einen wissenschaftlichen Beruf oder für die akademische Laufbahn überhaupt haben. Dem Ehrgeiz der Eltern werden Geld und Kinder geopfert.

Eine Besserung der Verhältnisse ist erst zu erwarten, wenn die Forderung der Gewerkschaften auf Demokratisierung der Bildungswege in der breiten Öffentlichkeit mehr Anklang gefunden hat, als das bisher der Fall war. Die Arbeiterbewegung will keine Flucht von der Arbeiterklasse hinweg. Ihr Ziel ist, wie Lothar Erdmann es einmal formuliert hat, ein Arbeiter, der Arbeiter bleibt und doch wesentlich gebildet ist - ein Arbeiter, der für seine beruflichen Aufgaben praktisch und theoretisch gut geschult, für seine Mitarbeit in jeder Sphäre des öffentlichen Lebens, die ihm aus diesem oder jenem Grunde nahe liegt, gut vorbereitet ist. Selbstbewusste, verantwortungsfreudige Menschen, die wissen, dass sie auch, obwohl Arbeiter, zu jedem öffentlichen Amt kraft dieser oder jener Leistungen berufen werden können - das ist es, was die Arbeiterbewegung, was die Gewerkschaften wollen, sowohl um derer willen, deren Lebensinteressen sie vertreten, wie im Interesse des Volksganzen.

Die Hochschulkrise wird erst dann verschwinden, wenn die Arbeiterbewegung das Bildungsmonopol durchbrochen hat.

SPD. Der Reichsarbeitsminister legte dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung über die Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren und von Arbeiterinnen in der Glasindustrie vor. In diesem Entwurf, der den Schutz jugendlicher und weiblicher Arbeitnehmer in der Glasindustrie bezwecken will, sind Verschlechterungen für Arbeiterinnen gegenüber dem bisherigen Zustand enthalten. Arbeiterinnen über 16 Jahre durften bisher abweichend von dem Verbot nur mit Feinschliff beschäftigt werden. Nach dem neuen Entwurf sollen sie auch mit Nassschleifen beschäftigt werden können.

Der bisherige Arbeiterinnenschutz in der Glasindustrie soll also verschlechtert werden, und der Reichsarbeitsminister gibt seinen Namen dazu her. Die Arbeiter-Organisationen aller Richtungen wenden sich energisch gegen diese Verschlechterungsabsichten. Sie haben in einer Eingabe an den Reichsrat Einspruch und Protest erhoben. In dem Schreiben wird darauf verwiesen, dass die Kapazitäten der Gewerbehygiene bereits des öfteren den Standpunkt vertreten haben, dass Nassschleifen für die Gesundheit der Arbeiter ebenso gefährlich wirken könne wie Trockenschleifen. Desgleichen ist die schädliche Wirkung kiesel säuregeschwängelter Luft für die Bronchien und für die Lungen besonders jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in der medizinischen Wissenschaft unbestritten. Aeussere Staubgefährdung beim Schleifprozess liegt auch beim Nassschliff vor und deshalb bei der Bedienung der Eismaschinen wie der an Sandstrahlgebläsen. Da auch vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt aus starke Bedenken gegen die vorgesehene Erweiterung der bestehenden Verordnung bestehen, forderten die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen die Ablehnung der im Entwurf vorgesehenen Verschlechterungen.

SPD. Bei den Arbeiterratswahlen der Humboldt-Deutz-Motorenwerke A.G. in Köln, Werk Kalk, gingen von 886 Wahlberechtigten 90 % zur Wahl. Es erhielten von 655 gültigen Stimmen der Deutsche Metallarbeiterverband 329 (5 Sitze und 1 Ersatzmann), der Christliche Metallarbeiterverband 177 Stimmen (2 Sitze und 1 Ersatzmann) und der gelbe Werkverein 149 Stimmen (2 Sitze).

Das Ergebnis ist deshalb besonders bemerkenswert, weil nach der Aussperrung im November vorigen Jahres über 200 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, darunter auch alle bisherigen Arbeiterratsmitglieder, nicht wieder eingestellt wurden, und weil die Firma unter stärkstem Druck einen gelben Werkverein mit 240 Mitgliedern auf die Beine gebracht hat. Von den Gelben haben jedoch ungefähr 100 Mitglieder die eigene Liste nicht gewählt, ein Zeichen, dass der Werkverein nur ein Produkt des Unternehmerterrors ist. Der Erfolg der Wahl ist ein schöner Sieg der Gewerkschaften, von denen der Deutsche Metallarbeiterverband die absolute Mehrheit im Arbeiterrat erhalten hat. Die RGO hatte keine Liste aufgestellt.

SPD. Die Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof im Gesamtverband zählt seit Jahren über 3 000 erwerbslose Mitglieder. Die Mehrzahl davon sind Familienväter. Auf der andern Seite gibt es eine erhebliche Anzahl von Gewerkschaftsmitgliedern, die Gärten haben, sei es im Einfamilienhaus, in der Wohnsiedlung oder in einer Kleingartenkolonie. Oft sind in diesen Gärten Arbeiten zu verrichten, die nur ein Fachmann ausführen kann, oder für die man aus Mangel an Zeit eine Arbeitskraft beschäftigen muss. Schon im Laufe der Jahre haben viele Gewerkschaftsmitglieder bei der Fachgruppe Arbeitskräfte für Gartenarbeiten auf Stunden oder Tage angefordert. In diesem Jahr - das Frühjahr steht vor der Tür - bittet daher der Gesamtverband, in Zukunft alle solche Arbeiten der Fachgruppe zur Ausführung zu übermitteln.

Vermittelt werden nur geeignete Kräfte. Schwarzarbeit kommt nicht in Frage. Alle Arbeiten werden in der Form des Werkvertrages ausgeführt. Die Bezahlung für geleistete Arbeiten erfolgt an den Ausführenden selbst zum jeweiligen Tariflohn.-

In Berlin können Bestellungen und Wünsche telefonisch an Amt Norden D 1- 6361, Richard Saar, gerichtet werden oder schriftlich an die Reichsfachgruppe Gärtnerei, Park und Friedhof im Gesamtverband, Ortsverwaltung, Berlin N 24, Johannisstrasse 14/15.

SPD. Die Zahl der behördlicherseits unterstützten Arbeitslosen in Frankreich beträgt nach der neuen vom Arbeitsministerium veröffentlichten Statistik 285 844 gegenüber 270 581 in der Vorwoche. In der entsprechenden Zeit des Vorjahres belief sich die Zahl der Arbeitslosen auf rund 38 084. Auf Paris und seine Vororte entfallen 151 461 Arbeitslose.

322 459 Stellengesuche, die bei amtlichen Stellennachweisen eingereicht wurden, konnten nicht befriedigt werden.

SPD. Dem Schutzverband deutscher Glasfabriken scheint sehr wenig am Wirtschaftsfrieden zu liegen; denn er kündigte eiligst zum 30. April den Reichsmanteltarifvertrag auf. Die Kündigung erfolgte natürlich nicht zum Zweck einer Verbesserung des Mantelvertrags.

Der Keramische Bund, Branche Glas, bemerkt zur Kündigung, dass der Schutzverband es immer nur eilig hat, wenn es gilt, der Arbeiterschaft weitere unerträgliche Belastungen aufzuerlegen. Er täte besser daran, wenn er zunächst einmal in seinen Reihen eine Einigung im Konkurrenzkampf herbeiführte, damit die äusserst prekäre Lage der Weisshohlglasindustrie endlich behoben würde.

SPD. Auf eine wichtige Änderung im Rentenbezug aus der Angestelltenversicherung macht der Zentralverband der Angestellten aufmerksam:

Auf Grund der bisherigen Bestimmungen der Angestelltenversicherungsgesetzes konnte das Ruhegeld rückwirkend bis zu einem Jahr gezahlt werden, wenn die Antragsstellung aus irgend einem Grunde verspätet erfolgte. Durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist eine neue Rechtslage geschaffen worden. Ab 1. Januar 1932 beginnt die Rente aus der Angestelltenversicherung mit dem ersten Tage des Monats, der auf den Monat folgt, in dem die Voraussetzungen für die Gewährung der Rente erfüllt sind. Wird der Antrag jedoch erst nach Ablauf des Monats gestellt, in dem die Voraussetzungen erfüllt wurden, so beginnt die Rente erst mit dem dem Antragsmonat folgenden Monat. Das gilt auch dann, wenn der Berechtigte den Antrag nicht früher stellen konnte. Es ist deshalb erforderlich, dass von nun an die Rentenansprüche rechtzeitig, das heisst sofort nach Eintritt der Berufsunfähigkeit oder Erreichung des 65. Lebensjahres, gestellt werden.

SPD. Der Zahlungs- und Lieferstreik der Marktstandsinhaber in der Grossmarkthalle von Frankfurt/Main wurde von den Kommunisten durch Streikposten vor der Markthalle unterstützt. Das beschleunigte, nachdem eine Gebührenermässigung in Aussicht gestellt war, sehr schnell das Ende des Lieferstreiks.